

# In Bewegung geraten

## Österreich im Vorfeld der Bundespräsidentenwahl

*In Österreich stehen die Parteien in den Startlöchern für die Wahl des Bundespräsidenten im April 1998. Aussichtsreichster Kandidat ist Amtsinhaber Thomas Klestil. Die katholische Kirche des Landes hat sich in einen Dialogprozeß begeben, der im Oktober 1998 in einen gesamtösterreichischen Delegiertentag münden soll.*

Die Bundespräsidentenwahl, die in Österreich gemäß der Verfassung dem Volk obliegt, und Ende April 1998 stattfinden wird, wirft bereits ihre Schatten voraus. Alle Parteien suchen schon seit Wochen eifrig nach geeigneten Kandidaten, doch die meisten werden nicht fündig. Da Bundespräsident *Thomas Klestil* wieder kandidiert und nach den bisherigen Erfahrungen eine Wiederwahl nach einer geglückten Funktionsperiode von sechs Jahren nicht zu verhindern ist, haben die allermeisten Parteien bereits zu erkennen gegeben, daß sie keine Absicht haben, zu einem aussichtslosen Kampf in den Ring zu steigen.

Am leichtesten hat es diesmal die *Österreichische Volkspartei* (ÖVP), als deren Kandidat für das erste Amt im Staat *Thomas Klestil* im Jahr 1992 antrat und überlegen siegte. Die ÖVP tritt diesmal demonstrativ in den Hintergrund, um dem Bundespräsidenten für seine Wiederwahl eine überparteiliche Aura zu geben.

### Ein plastisches Bild der österreichischen Innenpolitik

Heikel ist in dieser Situation die Position der *Sozialdemokratischen Partei* (SPÖ), deren Parteibasis wiederholt nachdrücklich einen eigenen Kandidaten forderte. Die Parteispitze mit Bundeskanzler *Viktor Klima* winkte jedoch ab. Offensichtlich sind die internen Umfrageergebnisse so ausgefallen, daß einem sozialdemokratischen Gegenkandidaten gegen Klestil keine wie immer gearteten Chancen eingeräumt werden. So steht diesmal zum erstenmal seit 1945 die SPÖ bei einer Präsidentenwahl abseits. Das ist doppelt aufsehenerregend, wenn man bedenkt, daß die SPÖ seit 1945 alle Bundespräsidenten stellte, bis mit *Kurt Waldheim* im Jahr 1986 diese ununterbrochene Kette riß. SPÖ-Politiker zündeten damals jene internationale Kampagne gegen Waldheim, die vielleicht auch ohne sie losgebrochen wäre, nicht zuletzt durch Waldheims eigener Versäumnisse und Ungeschicklichkeiten, die aber vermutlich nicht das Ausmaß erreicht hätte, das Österreich jahrelang in eine internationale Isolierung trieb.

Es mag sein, daß derartige Erinnerungen bei der diesmaligen Absenz der SPÖ mit einer Rolle gespielt haben. Viel entscheidender war aber gewiß eine taktische Kalkulation: Da es das innenpolitische Hauptziel der SPÖ ist, *Jörg Haider* unter keinen Umständen regierungsfähig werden zu lassen,

wollen die Sozialdemokraten den Bundespräsidenten, der bei Regierungsbildungen über weitreichende Kompetenzen verfügt, gut stimmen. Man will offenbar seine Position gegenüber Haider stärken und ihn durch ein Plus von sozialdemokratischen Stimmen gegen allfällige freiheitliche Annäherungsversuche immunisieren. Da die sozialdemokratische Parteiführung angesichts der Stimmung an der Parteibasis nicht in der Lage ist, eine Wahlempfehlung für Klestil abzugeben, kam man auf einen österreichischen Ausweg: Es wurde ein *überparteiliches Wahlkomitee* für Klestil gebildet, dessen Vorsitz der frühere Bürgermeister von Wien, *Helmut Zilk*, übernahm.

Zilk, dem bei einem Briefbombenattentat eine Hand weggerissen wurde, verfügt über eine große Popularität, aber auch über das notwendige Maß von Robustheit und Durchsetzungskraft für eine derartige Aufgabe. Daher kann man als sicher annehmen, daß Klestil auch mit sozialdemokratischen Wählern rechnen kann. Ungewiß ist allerdings, wie viele Sozialdemokraten bei der Präsidentenwahl tatsächlich über ihren eigenen Schatten springen werden.

Auch die *Freiheitlichen* stellten im Gegensatz zu ihren Gepflogenheiten bei mehreren bisherigen Präsidentschaftswahlen bis zur Stunde keinen eigenen Kandidaten auf. Das kann sich bei all dem Wankelmut, den *Jörg Haider* immer wieder beweist, noch in allerletzter Minute ändern. Doch die bisherige Enthaltensamkeit der FPÖ läßt ein taktisches Kalkül erkennen, das spiegelverkehrt zu den Erwägungen der SPÖ ist: Auch die FPÖ möchte Klestil durch die faktische Freigabe der freiheitlichen Stimmen bei Laune halten – für den Tag X nach den Parlamentswahlen im Jahr 1999, an dem Haider gemäß seinen großspurigen Versicherungen österreichischer Bundeskanzler werden will.

Besonders turbulent ging es in den Reihen der *Grünen* zu, die in den vergangenen Wochen wieder einmal mit akuten Führungskrisen zu kämpfen hatten. Von den Mitgliedern und Sympathisanten der Grünen wurde noch dringender als von den Sozialdemokraten ein eigener Kandidat oder – noch besser – eine eigene Kandidatin gefordert. Eine ganze Reihe von Frauen wurde in diesem Zusammenhang genannt, doch keine einzige fand sich bisher bereit, in einen solchen Wahlkampf einzusteigen, der für Gegenkandidaten Klestils kaum Chancen zu bieten scheint. Mit der Wahl des angesehenen und ausgleichenden Wiener Wirtschaftsprofessors *van der Bellen* zum neuen Bundessprecher der Grünen könnte allerdings eine neue Runde in dem Wahl-Karussell eingeläutet werden.

In dieser Situation, in der in vielen Parteien manches in Bewegung geriet, aber noch sehr viel offen ist, sah *Heide Schmidt*, unumschränkte Parteiführerin der kleinen liberalen Partei, ihre Stunde gekommen: Sie meldete ihre Kandidatur an, entschlossen, ihren Alternativbonus zu Klestil zu nützen. Als bisher einzige Frau in diesem Wahlgang hat sie gewiß die Möglichkeit, nicht wenige weibliche Stimmen auf sich zu vereinigen, auch solche, die mit manchen ihrer ideologisch gefärbten Forderungen (Ersetzung des Religionsunterrichtes durch einen Ethik-Unterricht, wesentlich ausgedehntere Rechte für Homosexuelle, usw.) nicht übereinstimmen. Über dies hat Frau Schmidt schon Erfahrung in derartigen Wahlkämpfen: Sie kandidierte bereits 1992, damals als Präsidentschaftskandidatin der FPÖ und enge Mitarbeiterin von Jörg Haider, von dem sie sich jedoch bald darauf wegen einem seiner markigen Sprüche trennte und eine eigene liberale Partei gründete.

Bei den ersten Parlamentswahlen nach dieser Abspaltung schaffte Heide Schmidt mit ihrem Liberalen Forum ein recht gutes Ergebnis. Seither dümpelt die kleine Partei eher lustlos vor sich hin, und vor allem in den Bundesländern und Gemeinden konnte sie sich nicht wirklich einwurzeln. Daher fehlt eine richtige Parteibasis, so daß die Liberalen erst kürzlich bei den oberösterreichischen Landtagswahlen den Einzug in den Landtag verpaßten. Ähnliches droht jetzt in Niederösterreich. Als Präsidentschaftskandidatin will Heide Schmidt ihren Bekanntheitsgrad nun wieder aufbessern und ihre Partei vor einem lautlosen Versickern bewahren.

Die Liste dieser Nicht-Kandidaten und Kandidaten, die ein recht plastisches Bild von der österreichischen Innenpolitik mit ihrer merkwürdigen Fokussierung auf die Person Haider's gibt, wäre unvollständig, wollte man nicht jenen Außen-seiter nennen, der sich außerhalb des gegebenen Parteiensystems als Kandidat und Herausforderer Klestils gemeldet hat: Der Wiener Bauunternehmer *Richard Lugner*, der bisher nur als Liebling diverser Klatschspalten, als Partylöwe und Sponsor bekannter internationaler Stars für den Wiener Opernball aufgefallen ist. Richard Lugner und seine junge Frau „Mausi“ werden von der in Österreich über Gebühr einflußreichen Boulevardpresse in anteilnehmender epischer Breite kräftig unterstützt.

---

## Fortschritte bei der überfälligen Pensionsreform

---

Lugner, der den Bundespräsidenten ungeniert wegen dessen Scheiterns in seiner Ehe öffentlich kritisiert, obwohl er selbst schon zum vierten Mal verheiratet ist, repräsentiert somit das halbseidene Element, das in der österreichischen Politik und vor allem in der Publizistik schon seit Jahrzehnten eine große Rolle spielt. Außerdem sieht sich der Quereinsteiger in das Wahlgesehen als Dolmetscher der unpolitischen kleinen Leute, die „die da oben“ allesamt für Gauner halten. Lugners Millionen sind die materielle Grundlage für diese Kampagne, in deren Verlauf wohl recht wenige Argumente,

dafür aber umso mehr Emotionen vorgebracht werden dürfen. Das Faktum, daß Lugner vom früheren Leiter der Öffentlichkeitsarbeit der SPÖ auf Bundesebene publizistisch betreut wird, läßt aufhorchen und provoziert die Frage, ob hinter dieser überraschenden Kandidatur nicht etwa eine politische Doppelstrategie steht.

Die Polemiken und Spekulationen rund um den eben ange-laufenen Wahlkampf verdecken weitgehend die Aufregungen, die in Österreich in den vergangenen Monaten durch die Verhandlungen über eine umfassende *Pensionsreform* entstanden sind. Diese Reform war aufgrund des ausgetüftelten und langfristig unbezahlbar gewordenen Sozialsystems unausweichlich geworden. Jahrelang hat sich die große Koalition unter dem früheren Bundeskanzler *Vranitzky* vor der Aufgabe, eine derartige Reform in Gang zu setzen, gedrückt. Erst als Viktor Klima zu Beginn des Jahres 1997 zum neuen Bundeskanzler bestellt wurde, vereinbarte er mit Vizekanzler *Wolfgang Schüssel* von der ÖVP, diese schwierige Reform in Angriff zu nehmen.

In den folgenden Monaten wurde in unzähligen Verhandlungsrunden mit den Gewerkschaften, bei denen vor allem die Beamten massiven und erbitterten Widerstand leisteten, ein Kompromiß erzielt, der gewiß in vielem unbefriedigend ist, der aber doch in zwei wichtigen Punkten einen bedeutsamen Fortschritt darstellt: Erstens werden nun in Zukunft die Pensionen nicht mehr nach den Löhnen und Gehältern der letzten aktiven Dienstzeit berechnet, sondern nach einem längeren Durchrechnungszeitraum; zweitens wird es in Hinkunft zu einer Annäherung in den Pensionssystemen der Beamten und der Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft kommen. Die Pragmatisierung der Beamten, die bisher automatisch erfolgte, soll in Hinkunft auf einige wenige Berufsgruppen – z. B. Polizei, Gendarmerie, Richter – beschränkt bleiben. Bei Frühpensionen soll es künftig empfindliche Abzüge geben.

Obwohl alle diese beabsichtigten Änderungen an den „wohl erworbenen Rechten“ der bereits ausgezahlten Pensionen nichts ändern sollen und das Datum des Inkrafttretens dieser Reform immer weiter hinausgeschoben wurde, so daß erst die heute unter 40jährigen die Auswirkungen der Änderungen voll spüren werden, kam es zu einer beispiellosen Welle der Empörung unter den Beamten. Bundeskanzler und Vizekanzler wurden von Beamten ausgepiffen und beschimpft, allenthalben gab es Protestkundgebungen. Die Regierung ließ sich zu weiteren Terminkonzessionen herbei und sagte auch eine Begrenzung der Belastungen für den einzelnen zu. Sonst aber blieb sie in der Sache fest und setzte damit trotz der Fragwürdigkeit einzelner Reformbestimmungen ein Beispiel der Konsequenz, das allen Regierungen der letzten Jahre fehlte.

Offen ist freilich nach wie vor, was mit dem Heer der Beschäftigten in den sogenannten geschützten Bereichen geschehen wird, z. B. mit den Eisenbahnern, die schon mit 53 Jahren ohne finanzielle Einbußen in den Ruhestand gehen können, oder mit den vielen Angestellten in den Kammern,

in den Sozialversicherungen und in der Gewerkschaft, die faktisch alle Vorteile der Pragmatisierung genießen. Sie alle bleiben bis auf weiteres von Pensionskürzungen verschont, eine Ungerechtigkeit, die gewiß nicht mehr lange aufrechterhalten werden kann.

Der Spielraum der Bundesregierung für überfällige grundsätzliche Entscheidungen hat sich durch den überraschenden Flop des Euro-Volksbegehrens Jörg Haider noch zusätzlich erhöht. Haider entschloß sich zu Beginn des Sommers zu einem derartigen Volksbegehren, als das Stimmungsbarometer in Österreich noch recht stark gegen die Einführung des Euro ausschlug. Die FPÖ rechnete damals mit einem Potential von 1,5 Millionen Euro-Ablehnern. Inzwischen ist jedoch die Stimmung radikal umgeschlagen. Eine recht kluge und zurückhaltende Werbekampagne der Bundesregierung für den Euro hat zu dieser Stimmungsänderung gewiß beigetragen. Fazit: Haider konnte nur 254 000 Unterzeichner des FPÖ-Volksbegehrens registrieren. Das ist für ihn eine ähnlich herbe Enttäuschung wie seinerzeit bei der EU-Volksabstimmung, als er alle Register seiner Demagogie gegen die Europäische Union zog, und dennoch 66 Prozent der Österreicher damals für die EU stimmten.

Aufgrund dieser Zahlen drängt sich die Frage auf, ob nicht in so manchem Parteihauptquartier und in so mancher Redaktion der „Haider-Effekt“ maßlos überschätzt wird. Der Strategie von Bundeskanzler Klima, Jörg Haider nur in Bereichen der Sachpolitik zu erwähnen, und ihm sonst keine Aufmerksamkeit zu schenken, sollte man sich anhand der jüngsten Entwicklung doch viel stärker entsinnen.

---

## Das „wehrhafte Christentum“ und die FPÖ

---

Die Freiheitlichen hatten übrigens schon im Frühjahr vorsorglich eine „zweite Front“ eröffnet, die anfangs große Beachtung in der Öffentlichkeit fand: Es ging um den Entwurf für ein neues *Parteiprogramm* der FPÖ, das unter die aggressiv-antiklerikale Vergangenheit der FPÖ einen endgültigen Schlußstrich ziehen sollte. Offenbar sah sich Haider als zweiter *Bruno Kreisky*, dem es in den siebziger Jahren in Kooperation mit dem Wiener Kardinal *Franz König* gelungen war, die jahrzehntelange harte Konfrontationsphase zwischen katholischer Kirche und Sozialdemokratie in Österreich zu beenden. Nun wollte Haider ähnliches für die Freiheitlichen erreichen, deren geistige Wurzeln u. a. bei *Georg Ritter von Schönerer* liegen, dessen „Los-von-Rom-Bewegung“ vor hundert Jahren im alten Österreich einen massiven Antiklerikalismus gerde unter Akademikern losgetreten hatte. „Ohne Juda, ohne Rom bauen wir Germaniens Dom“, so lautete eine der gängigen Parolen Schönerers, der die Gedankenwelt Adolf Hitlers zutiefst beeinflußt hatte. Diese Ideologien wurden aber auch im sogenannten liberal-nationalen Lager in Österreich von Generation zu Generation weitergegeben, in deutschnationalen Familientraditionen, in den schlagenden Burschenschaften, in bestimmten Turnver-

einen und Sängerkreisen. Heute ist das alles meist nur noch subkutan vorzufinden, abgeschwächt, auf zahlenmäßig kleine Kreise beschränkt.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus mehrten sich in diesem deutschnational-freiheitlichen Lager die Stimmen, die sich für ein Zweckbündnis zwischen wertkonservativen Katholiken und wertkonservativen Freiheitlichen aussprachen. Ein Umstand schien dabei den Optimismus dieser „Brückenbauer“ zu stärken: Die Person des Diözesanbischofs von St. Pölten, *Kurt Krenn*, der schon seit Jahren jeglichen Liberalismus mit Nachdruck ablehnt, aber deutliche Sympathien für das Nationale zeigt. Schon 1992 sagte Krenn in einem Interview mit der „Aula“, der Zeitschrift des Freiheitlichen Akademikerverbandes in Österreich, er sehe im Liberalen eher einen Konfliktstoff mit der Kirche als im Nationalen, sofern es nicht nationalistisch sei. Und auf die Frage, wie er persönlich zur FPÖ stehe, antwortete der Bischof damals: „Ich sehe im Verhältnis zur FPÖ nichts Problematisches. Ich glaube vielmehr, das eigentliche Problem zwischen Kirche und deutschnationalem Lager in Österreich liegt darin, daß wir lange Zeit überhaupt kein Verhältnis hatten. Also nicht ein feindliches, absolut nicht, sondern keines! Es kommt mir vor, daß eine gewisse Beziehungslosigkeit da war. Das ist das eigentliche Problem, nicht so sehr, daß es irgendwelche Spannungen gegeben hätte.“

Diese Sätze konnten und mußten von der FPÖ wohl als offene Einladung gedeutet werden. Und wenn auch fast alle anderen Bischöfe in diesem Punkt eine ganz andere Meinung hatten und diese auch äußerten, ist es nicht verwunderlich, daß ein Politiker wie Jörg Haider, der jede Gelegenheit nützt, um neue Wählerschichten anzusprechen, die Chance ergriff. Er gab schon vor Jahresfrist den Auftrag, den Entwurf eines neuen Parteiprogramms der FPÖ zu verfassen, der vor allem mit zwei überständigen Positionen brechen sollte: An die Stelle des bisherigen ausdrücklichen Bekenntnisses zur „deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“ sollte ein Bekenntnis zur Heimat Österreich treten; an die Stelle der antiklerikalen Tradition der FPÖ ein Bekenntnis zum Christentum als Fundament Europas und zu einem „wehrhaften Christentum“.

Der Entwurf für das neue Parteiprogramm mit diesen beiden Schwerpunkten wurde unter der Federführung des aus Vorarlberg stammenden Burschenschaftlers, Klubobmann *Ewald Stadler*, erstellt. Seit dem Frühjahr 1997 ist nun die parteiinterne Debatte gelaufen, in deren Verlauf sich Jörg Haider demonstrativ zurückgehalten hat. Der Programm-entwurf wurde dem Freiheitlichen Parteitag am 30. Oktober in Linz zur Beschlußfassung vorgelegt, wobei schon die äußere Einbegleitung dieses Parteitages mehr als ungewöhnlich war: Aus Lautsprechern erklangen einige Takte aus Anton Bruckners vierter Symphonie, der „romantischen“: Ein Symbol für diesen Programmparteitag, denn Bruckner, der seine Musik ganz und gar dem lieben Gott darbrachte, war zeit seines Lebens ein Verehrer und Bewunderer von Richard Wagner.

Schon diese Einleitung zeigt, welche Mühe man sich in der FPÖ gab, dem Ereignis des neuen Programms eine ganz besondere Bedeutung zu geben. Die Frage ist, ob das von den eigenen Parteianhängern verstanden wurde. Außerhalb der Partei ist das Brimborium überhaupt kaum zur Kenntnis genommen worden. In den Programmdebatten wurde jedenfalls auftragsgemäß die „deutsche Volks- und Kulturgemeinschaft“ gestrichen, statt dessen wird nun im neuen Programm der „entschlossene Widerstand aller patriotischen Kräfte gegen die „mutwillige Herabsetzung österreichischer Eigenheiten“ postuliert. Das Christentum wird als Fundament Europas bezeichnet und damit so manche antiklerikale Erbschaft der Vergangenheit annulliert, falls denn der Inhalt dieser Sätze von der Anhängerschaft der FPÖ auch tatsächlich rezipiert wird. Das im Entwurf enthaltene Bekenntnis zu einem „wehrhaften Christentum“ wurde wohl aufgrund der Proteste aus allen christlichen Kirchen durch die Formulierung ersetzt: „Die Bewahrung der geistigen Grundlagen des Abendlandes erfordert ein Christentum, das seine Werte verteidigt. Deshalb besteht ein Auftrag zur Zusammenarbeit der großen Kirchen Europas.“

Diese vagen Sätze, die vielerlei Deutung ermöglichen, und auch Widerspruch bei nachdenklichen Christen auslösen, waren nicht imstande, eine breite öffentliche Diskussion in Gang zu setzen. Was jedoch dem ganzen Programm-Parteitag nicht gelungen ist, brachte Haider mit ein paar Sätzen im Fernsehen zustande. Der FPÖ-Parteiohmann sagte: „Der jetzige Papst hat ja ganz deutlich gemacht, daß Nächstenliebe bedeutet, sich wirklich um die Nächsten zu kümmern, und nicht die ganze Welt zu umarmen, sondern an die Österreicher zu denken.“

Diese Worte brachten das Faß zum Überlaufen: Katholiken wie Protestanten protestierten in beeindruckender ökumeni-

scher Geschlossenheit gegen diese Verkürzung. Vom Vorarlberger Bischof *Klaus Küng*, der dem Opus Dei angehört, über den Initiator des Kirchenvolksbegehrens, *Thomas Plankensteiner*, bis zum Caritas-Präsidenten *Franz Küberl* waren alle eines Sinnes: „Das Evangelium kennt den Begriff Staatsbürgerschaft nicht. Nächstenliebe ist ein einschließender, kein ausschließender Begriff.“

Der Grazer Diözesanbischof *Johann Weber*, der als Vorsitzender der Österreichischen Bischofskonferenz die undankbare Aufgabe hat, in derartigen Fällen quasi als Feuerwehr auszurücken, fand deutliche Worte zu Haiders sonderbarem Verständnis von Nächstenliebe: „Eines wollen wir sicher nicht sein: Eine national begrenzte Kirche, wie sie etwa Hitler und die Nationalsozialisten wollten.“ Der Bischof sagte weiter, der Papst sei falsch zitiert worden: „Liebe drängt grundsätzlich zum Grenzenlosen. 1956, beim Volksaufstand in Ungarn, hat das damals eher arme Österreich mit diesem gelebten Grundsatz Weltgeschichte geschrieben.“

Eines ist freilich in dieser Kontroverse von Interesse: Daß in einer Zeit, in der es da und dort heißt, Religion und Kirche seien kein Thema mehr, die Position einer Partei zum Christentum so viel Aufsehen erregt. Die Kirche in Österreich nimmt diese Vorgänge als Bestätigung ihres „Dialogs für Österreich“ auf und wird im Jahr 1998 nicht nur durch Fachtagungen verschiedenster Themenschwerpunkte, sondern auch durch Gespräche auf Bischofsebene mit den Führungen aller im Parlament vertretenen fünf Parteien die systematischen Kontakte mit allen politischen Kräften fortsetzen. Im Oktober 1998 wird dann ein großer gesamtösterreichischer Delegiertentag in Salzburg einen vorläufigen Höhepunkt dieses Dialogprozesses bilden, der unter vielen Geburtswehen nun endlich zustande kommt. *Fritz Csoklich*

## „Der Vatikan hat viel getan“

Fragen an Ernst Ludwig Ehrlich zum katholisch-jüdischen Dialog

*In den Beziehungen zwischen katholischer Kirche und Judentum wurden im Pontifikat Johannes Pauls II. trotz erheblicher Schwierigkeiten beachtliche Fortschritte erzielt. Über den Stand der katholisch-jüdischen Beziehungen sprachen wir mit Ernst Ludwig Ehrlich. Der in Berlin geborene Ehrlich ist Professor für Neuere Jüdische Geschichte und Literatur an der Universität Berr. Die Fragen stellte Klaus Nientiedt.*

**HK:** Herr Professor Ehrlich, Ende der 80er Jahre sah es so aus, als seien die Beziehungen zwischen dem Judentum und der katholischen Kirche ausgesprochen problembeladen und schwierig. Die Ansiedlung eines Karmelitenklosters in Auschwitz und das Ausbleiben der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Israel sorgten weltweit vor allem unter Juden für Kritik an der katholischen Kirche. Nachdem diese beiden Probleme gelöst

sind, stellt sich die Lage ungleich positiver dar. Was hat sich eigentlich im Kern verändert?

**Ehrlich:** Die beiden Steinblöcke zwischen Juden und Katholiken sind aus dem Wege geräumt worden: Das Karmelkloster ist aus Auschwitz herausgegangen, der Staat Israel ist vom Heiligen Stuhl anerkannt worden. Bei dieser Anerkennung ist etwas – wie mir scheint – Ungewöhnliches passiert.